

SEEHEIM

Eckpunktepapier

DIE SEEHEIMER e.V.

Sprecher:

Karl Hermann Haack, MdB
Reinhold Robbe, MdB
Petra Ernstberger, MdB
Iris Hoffmann, MdB
Klaas Hübner, MdB
Johannes Kahrs, MdB
Susanne Kastner, MdB
Johannes Pflug, MdB

Referentin:

Sabine Stuppert

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030/227-70034

Fax: 030/227-70043

E-Mail: seeheimer.robbe@bundestag.de

Berlin, den 29. April 2003

„Mut zur Veränderung“ – Agenda 2010: Reformen für Deutschland

Zum Leitantrag des SPD-Parteivorstandes „Mut zur Veränderung“ und zur Auseinandersetzung um die Agenda 2010 erklärt der SEEHEIMER Kreis:

Die SEEHEIMER unterstützen die Agenda 2010 und den Leitantrag des Parteivorstands „Mut zur Veränderung“ vom 28. April 2003

Die SEEHEIMER sehen in der Agenda 2010 und im Leitantrag des Parteivorstands zum Sonderparteitag einen wichtigen Schritt zum Umbau unseres Sozialstaates in einen Sozialstaat nach dem Prinzip des Forderns und Förderns. In diesem Rahmen ist soziale Gerechtigkeit neu zu definieren.

Die Welt hat sich verändert: Globalisierung, Massenarbeitslosigkeit und Überalterung der Gesellschaft sind Faktoren, die im 21. Jahrhundert unsere Lebenswirklichkeit bestimmen. Unsere sozialen Errungenschaften wie Rentenversicherung und Krankenversicherung drohen daran zu zerbrechen. Was bisher sozial gerecht war, lässt sich heute nicht mehr finanzieren. Es muss ein Umdenken stattfinden und es ist deshalb unerlässlich, soziale Gerechtigkeit neu zu definieren. Das hat unsere Partei bis heute versäumt.

Aufgabe von Partei und Regierung ist:

- die Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern,
- die Staatsfinanzen in Ordnung zu bringen und
- den Sozialstaat umzubauen,

damit der Wirtschaftsstandort Deutschland zukunftsfähig bleibt.

Der Wählerauftrag

1998 und 2002 haben die Wählerinnen und Wähler der SPD die Verantwortung Deutschland und die Zukunft des Sozialstaates übertragen. Wir haben diese Verantwortung angenommen und müssen ihr nun auch gerecht werden, mit Reformen, die den Lebens- und den Wirtschaftsstandort Deutschland sichern.

Mit Recht verlangen die Bürgerinnen und Bürger von der SPD-Regierung die Reformierung unserer sozialen Sicherungssysteme, den Abbau der Staatsverschuldung und die Entbürokratisierung unseres Gemeinschaftswesens.

Wir, die Bundestagsfraktion, die SPD-Regierung und Bundeskanzler Schröder haben seit 1998 in vielen Bereichen grundlegende Reformen durchgeführt:

- Wir haben mit der großen **Steuerreform** sowohl die Menschen als auch die Wirtschaft und insbesondere den Mittelstand entlastet.
- Wir haben mit der **Riester-Rente** die finanzielle Sicherheit im Alter gewährleistet.
- Wir haben mit dem **Beitragssicherungsgesetz** in der Krankenversicherung zum ersten Mal die Leistungsträger belastet und nicht die Leistungsempfänger.
- Wir haben den **Arbeitsmarkt** und die Bundesanstalt für Arbeit umstrukturiert.
- Wir haben die **Familie** wieder in den Mittelpunkt der Gesellschaft gestellt und das Kindergeld erhöht.

Und vieles mehr.

Aber das alles reicht noch nicht!

Die Wählerinnen und Wähler verlangen mit Recht weitere Reformen.

Die Agenda 2010 ist ein erster Schritt zu diese Reformen. Es sind Mindestforderungen zur Bewältigung der wirtschaftlich und finanziell dramatischen Lage Deutschlands vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung, der Staatsverschuldung und der Überregulierung.

Alle müssen nach ihren Möglichkeiten dazu beitragen, Deutschland und unsere Gesellschaft lebenswert zu gestalten und zu erhalten.

SEEHEIM – Eckpunkte

SEEHEIM formuliert Eckpunkte, deren Realisierung unerlässlich ist, für ein innovatives, wachstumsstarkes und sozial gerechtes Deutschland, in dem jede Bürgerin und jeder Bürgerin die Chance auf Selbstverwirklichung hat. Grundsätzlich gilt das gegliederte System sozialer Sicherheit auf drei Zweige zu reduzieren:

- auf die Gesundheitsvorsorge,
- auf die Alterssicherung und
- auf die Arbeitslosenversicherung.

Alle Sonderversorgungssysteme sind auf Zeit aufzulösen. Dies gilt für alle Berufsgruppen (Beamte, Politiker, Freiberufler etc.). Der Umbau des Sozialstaates ist nach dem Motto zu organisieren: „Die Dienstleistung folgt dem Menschen, nicht der Mensch der Dienstleistung.“ Das Ziel ist eine allgemeine Bürgerversicherung in allen Bereichen. Die Zeiten ständestaatlicher Strukturen sind endgültig vorbei.

1. SEEHEIM steht für eine soziale Gerechtigkeit, die den Starken Freiraum ermöglicht, sich selbst zu organisieren und die die Schwachen unterstützt und fördert.

- **Wir werden eine Gesundheitsreform in Angriff nehmen, die keine Zweiklassenmedizin bedeutet und die paritätisch und solidarisch von allen finanziert ist.**

Jeder Versicherte wird auch weiterhin Anspruch die medizinisch notwendige Versorgung haben. Das über das medizinisch Notwendige hinausgehende muss aber in keinem Fall von der Solidargemeinschaft finanziert werden. Die Leistungsträger, die jahrelang sehr gut verdient haben, müssen ebenso ihren Teil an der Gesundheitsreform tragen wie die Versicherten selbst. Dies ist ein notwendiger Schritt zur Stabilisierung der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung.

Die notwendige institutionelle Reform macht eine Aufhebung des kassenärztlichen Monopols erforderlich und bedingt auf der Seite der Krankenversicherungen Schritte zu Fusionierungen. Dazu sind die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen. Die Leistungsanbieter (Ärzte, Krankenhäuser, etc.) und die Leistungsempfänger sind Verhandlungspartner gegenüber der gesetzlichen Krankenversicherung und umgekehrt (Einkaufsmodell).

Die Ausgliederung des Krankengeldes aus der gesetzlichen Krankenversicherung, d.h. aus der paritätischen Finanzierung, bedeutet in keinsten Weise die Aufgabe der solidarischen Finanzierung. Für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, also für die ersten sechs Wochen, werden vom Arbeitgeber rund 27 Mrd. Euro aufgewendet; demgegenüber stehen

Krankengeldausgaben von nur rund 7,5 Mrd. Euro, die von der gesetzlichen Krankenversicherung getragen werden.

- **Wir werden die Rentenversicherung so weiter entwickeln, dass die Generationengerechtigkeit erhalten bleibt.**

Die Riester-Rente ist die Grundlage weiterer Reformschritte.

Diese kapitalgedeckte Zusatzversorgung ist verpflichtend auszugestalten.

Die gesetzliche Rentenversicherung garantiert die soziale Sicherung im Alter und die kapitalgedeckte Versicherung sichert den Lebensstandard.

Heute befinden sich nur noch 39% der 55- bis 65-Jährigen im Arbeitsprozess. Durch eine gezielte Arbeitsmarktpolitik für ältere Arbeitnehmer ist dieser Prozess umzukehren. Dies eröffnet die Möglichkeit, bei Vermittlungserfolgen, die Abschlüsse ab 62 Jahre bei vorzeitiger Renteneintritt zu überprüfen.

Es kann nicht angehen, dass die heute arbeitende Generation Beiträge in ein Versicherungssystem entrichtet und dabei nicht die Sicherheit hat, entsprechend der Leistung auch im Alter versorgt zu sein.

- **Wir werden die Arbeitsmarktpolitik und den Arbeitsmarkt sowie Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe weiter reformieren.**

Wir unterstützen die neue Arbeitsmarktpolitik, die Arbeitslose wieder schnell in Arbeit bringt. Dazu bedarf es der konsequenten Umsetzung aller Fördermaßnahmen. Die in der Agenda 2010 aufgezeigten Maßnahmen zur finanziellen Konsolidierung der Arbeitslosenversicherung, werden wir unterstützen. Die Vorgaben der Agenda 2010 gelten, allerdings sind im Gesetzgebungsverfahren Härtefallregelungen und Übergangsfristen zu erarbeiten, so zum Beispiel bei der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, bei der Korrektur des Arbeitslosengeldes, beim Kündigungsschutz sowie für Arbeitnehmern über 55 Jahre.

2. Bildung und Ausbildung sind Investitionen für die Zukunft.

Die ständestaatliche Organisation des Ausbildungssektors ist zu überprüfen und den Erfordernissen einer modernen, innovativen und global agierenden Wirtschaft anzupassen. Hier ist auf die besondere wirtschaftliche und gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen als Ausbilder hinzuweisen. Wir sind der Auffassung, dass gesetzliche Maßnahmen einzuleiten sind, die die nicht ausbildenden Unternehmen in die Pflicht nehmen. Dies kann in Form einer Ausbildungsabgabe erfolgen.

3. Wir werden die Entbürokratisierung insbesondere im Wirtschaftssektor weiter vorantreiben und so für Wachstum und Beschäftigung sorgen.

Nicht mehr zeitgemäße und deshalb oft unsinnige Regelungen, die es den Unternehmen unnötig erschweren, konkurrenzfähig zu agieren, müssen auf ihre

Sinnhaftigkeit überprüft werden. Die Handwerksordnung ist zu vereinfachen, die Zwangsmitgliedschaft in Kammern ist aufzuheben. Die neuen Kammern sind für ihre Bereiche als kompetente Dienstleister zu organisieren, um sich am Markt zu behaupten.

Der Masterplan Bürokratieabbau muss zügig angegangen werden.

4. Wir werden die Kommunen finanziell stärken.

Zur Stärkung der kommunalen Investitionsquote ist die Gemeindefinanzreform unerlässlich: die neue Gewerbesteuer - sie hat ohne Ausnahme alle Freiberufler zu erfassen -, das Zusammenlegen von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, die Zinsabgeltungssteuer und eine erhöhte Investitionstätigkeit des Bundes werden maßgeblich die Einnahmeseite der Gemeinden verbessern, so dass sich den Gemeinden Spielräume für neue Investitionen eröffnen und auch die gesellschafts- und sozialpolitischen Aufgaben erweitert werden können. Als Beispiel kann hier die Verbesserung der Kinderbetreuungsangebote genannt werden.

5. Zum europäischen Stabilitätspakt gibt es keine Alternative.

Die Kriterien von Maastricht gelten nach wie vor. Deshalb handeln diejenigen, die jetzt eine Erhöhung der Staatsausgaben fordern, im höchsten Maße unsozial. Es kann nicht unser Ziel sein, die Staatsquote zu erhöhen auf Kosten der nächsten Generationen. Die Haushaltskonsolidierung muss nach wie vor im Mittelpunkt sozialstaatlichen Handelns stehen. Allerdings darf Sparen nicht zum Selbstzweck werden, vielmehr ist eine ausgewogene Politik des Sparens und Investierens in die Zukunft unseres Landes erforderlich. Diesen schwierigen Balanceakt meistert die Agenda 2010.

Sonderparteitags am 1. Juni 2003

Der Sonderparteitag am 1. Juni 2003 wird die Diskussion um die Agenda 2010 wieder versachlichen. Die Kritiker des Reformkurses wird Gelegenheit gegeben ihre Argumentation vorzutragen. Im Mittelpunkt des Parteitags werden allerdings nicht die Profilierungsgebahren und Eitelkeiten einzelner Abgeordneter stehen, sondern die Kernpunkte sozialdemokratischer Reformpolitik: die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der gerechte und ausgewogene Umbau des Sozialstaates, die Sanierung des Gesundheitswesens und der Staatsfinanzen sowie die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung.

Und es muss endlich geklärt werden: Wie definieren wir soziale Gerechtigkeit und was verstehen wir unter Generationengerechtigkeit.

Die Kritiker der Agenda 2010 haben in ihre Überlegungen nicht mit einbezogen, dass unsere Gesellschaft immer älter wird. Die Alterspyramide hat sich umgedreht und in unserem Sozialsystem trägt nur die arbeitende Generation die gesamte Last

der sozialen Verantwortung. Das können wir den Menschen nicht zumuten und das wollen wir auch nicht. Und das kann auch nicht das ernstliche Ansinnen der Kritiker der Agenda 2010 sein.

Wir werden den Sozialstaat, das Gesundheitswesen und den Arbeitsmarkt nur reformieren können, wenn wir die notwendigen Umstrukturierungen unverzüglich durchführen. Die SPD muss und wird sich auf dem Sonderparteitag am 1. Juni 2003 geschlossen hinter den Reformkurs des Bundeskanzlers stellen.

Der Bundeskanzler hat die Maxime vorgegeben: Die rasche Umsetzung der Agenda 2010 ist der Testfall für die Regierungsfähigkeit der SPD.

Das Mitgliederbegehren ist kontraproduktiv.

Die SEEHEIMER lehnen das von den Abweichlern in der SPD-Fraktion initiierten Mitgliederbegehren ab. Das Mitgliederbegehren ist zwar grundsätzlich ein legitimes, plebisitäres Instrument der innerparteilichen Auseinandersetzung, zum jetzigen Zeitpunkt allerdings kontraproduktiv. Die Diskussion um ein solches Mitgliederbegehren kann die Handlungsfähigkeit von Regierung und Fraktion erheblich einschränken und den Reformkurs der Regierung ins Stocken bringen.

Der Bundeskanzler bestimmt nach Artikel 65 Grundgesetz die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung. Und genau dieses hat Bundeskanzler Schröder am 14. März 2003 mit der Agenda 2010 getan. Er hat die Grundzüge der notwendigen Reformvorhaben klar vorgezeichnet und die Verantwortung für Zukunft der Bundesrepublik Deutschland übernommen.

Daran kann das in die Wege geleitete Mitgliederbegehren nichts ändern!
Denn laut § 39 a des Parteistatuts der SPD hat das Mitgliederbegehren lediglich bindende Wirkung für das betroffene Parteiorgan aber keine rechtlich bindende Wirkung außerhalb der SPD, also auch nicht gegenüber der Bundesregierung!

Im Übrigen wurden sowohl in der Partei und als auch in der Fraktion die in der Agenda 2010 formulierten Reformen ausgiebig diskutiert. Die Kritiker hatten somit ausreichend Gelegenheit, ihre Positionen darzustellen und Änderungswünsche vorzutragen. Letztendlich wurden sie von der gesamten Fraktion einschließlich der Parlamentarischen Linken und der Initiatoren des Mitgliederbegehrens gebilligt und stehen somit zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr zur Diskussion.